

Zwischen Naivität und
Gewaltbereitschaft

Die gescheiterte Revolution

Kurt Sontheimer

Wer die 68er-Zeit nicht miterlebt, nicht an sich selbst erfahren hat, kann sich heute schwer eine Vorstellung von dem machen, was damals, fast wie aus heiterem Himmel kommend, über die Bundesrepublik hereinbrach. Zuallererst war es eine prägende Erfahrung für diejenigen, die als Vertreter dieser Generation mitdendrin standen und tatsächlich meinten, sie könnten eine politische Revolution in Gang setzen. Es mag sein, dass der demokratische Staat diese Herausforderungen zu ernst genommen und darauf oft zu hart und besorgt reagiert hat, sodass die Ära der Studentenunruhen von ständigen Auseinandersetzungen über die einzuschlagende Politik und die mit der Idee des Rechtsstaates zu vereinbarenden Abwehrmaßnahmen begleitet war. Am Ende hat sich, wie wir wissen, der demokratische Staat behauptet, und es ist ihm unter der Regierung Brandt sogar gelungen, die Revolte zu dämpfen, einen großen Teil ihrer Protagonisten wieder in das System der Bundesrepublik zu integrieren, sodass das Jahr 1968 und das, was sich damit verband, als eine Art historischer Ausrutscher mit vielen interessanten Begleiterscheinungen erschienen, nicht jedoch als ein wichtiger oder gar epochaler Einschnitt für die weitere Entwicklung der Bundesrepublik.

Man darf jedoch nicht übersehen, dass auf die Studentenrevolte die die ganzen siebziger Jahre prägende unruhige Periode der so genannten neuen sozialen Bewegungen folgte, die eine auf bestimmte Probleme wie Ökologie und Frie-

den bezogene Fortsetzung des Aufstandes gegen die herrschende Politik war und erst mit der Kanzlerschaft Helmut Kohls endete. Vor allem darf nicht übersehen werden, dass die siebziger Jahre von terroristischen Anschlägen heimgesucht wurden, die zwar nicht der Studentenbewegung als solcher, wohl aber ihren Auswirkungen und Ausläufern zuzurechnen sind. Die 68er haben ihre Mitverantwortung für Gewaltaktionen und für den deutschen Terrorismus, der in seiner politischen Wirkung nur noch von den Verhältnissen in Italien übertroffen wurde, gerne im Dunkeln gelassen, aber er ist nur möglich geworden als Folge des von den Studenten begonnenen Kampfes gegen den kapitalistischen Imperialismus und den bürgerlichen Rechtsstaat.

Ablehnung des Kapitalismus

Mit ihren konkreten politischen Zielsetzungen, deren Inbegriff die Idee der Revolution war, sind die 68er kläglich gescheitert. Das wird von ihnen auch offen zugegeben. Sie sind gescheitert, weil sie ideologisiert, politisch naiv und unerfahren waren. Naiv waren sie, weil sie das Wirtschaftssystem des Kapitalismus, das sie Spätkapitalismus nannten, für ein historisches Auslaufmodell hielten, was aus heutiger Sicht, dem Zeitalter der kapitalistischen Globalisierung, geradezu lächerlich anmutet. Naiv waren sie auch, als sie das weltpolitische Heil ausgerechnet von den Ländern der Dritten Welt erhofften, die doch nichts als ihre Zurückgebliebenheit und Armut in die Waag-

schale zu werfen hatten. Naiv waren sie, als sie von einer Demokratisierung aller Lebensbereiche der Gesellschaft den Durchbruch zur wahren Demokratie erwarteten, wo sie doch leicht hätten einsehen können, dass die Funktionsfähigkeit und Leistungsstärke einer modernen demokratischen Industriegesellschaft auf Gesichtspunkten der sachlichen Qualität und Effizienz beruht, nicht aber auf der Herstellung von Strukturen demokratischer Gleichheit. Die demokratische Industriegesellschaft beruht auf leistungsfähigen, differenzierten und auch anpassungsbereiten Institutionen. Es war kontraproduktiv, sich gegen komplexe Institutionen aufzulehnen und sie gewissermaßen demokratisch aufzumischen zu wollen. Leider sind die 68er darin bis heute nicht ganz erfolglos gewesen.

Historische Unerfahrenheit

Ihre historische Unerfahrenheit, der Umstand also, dass sie weder die Nazi- noch die Nachkriegszeit persönlich erlebt hatten, kann man ihnen nicht zum Vorwurf machen, wohl aber die Leichtigkeit und Oberflächlichkeit, mit der sie die entsprechenden Erfahrungen der vorausgehenden Generation negierten. Sie redeten vom Faschismus, ohne mehr als eine blasse Ahnung davon zu haben, wovon sie redeten; sie beriefen sich auf einen theoretischen Marxismus, ohne die Realität des damals herrschenden sowjetischen und chinesischen Marxismus zur Kenntnis zu nehmen, was sich unter anderem auch daran zeigte, dass sie für den Aufstand des tschechischslowakischen Volkes gegen die Besetzung ihres Landes durch den Sowjetblock (1968) kein angemessenes Verständnis aufbrachten. Sie waren unwissend und ungerecht, wenn sie behaupteten, in der Bundesrepublik sei nichts geschehen, um die nationalsozialistische Vergangenheit zu bewältigen, und sie befände sich durch ihre Einbindung in das kapitalistische System wie-

der auf dem direkten Wege zu einem faschistischen Staat. Man mag diese Naivität und Unerfahrenheit dem teilweise idealistischen Überschwang zuschreiben, mit dem die 68er damals wähten, eine Revolution machen zu müssen. Aber auch jugendliche Torheiten bleiben Torheiten, die sich rächen können.

„Romantischer Rückfall“

Das Bedrohlichste war, dass diese Generation die Wendung nach Westen, die die Bundesrepublik sowohl in ihrer Verfassung wie in ihrer Politik vollzogen hatte, rückgängig zu machen im Begriffe war. Richard Löwenthal, der scharfsichtige Berliner Politologe, der an der Freien Universität viele geistige Kämpfe mit den 68ern ausfocht, hat die Jugendrevolte als einen „romantischen Rückfall“ bezeichnet. In einem Buch des Jahres 1979 (*Gesellschaftswandel und Kulturkrise*, Frankfurt, 1979) hat er in der Protestbewegung eine für die westlichen Errungenschaften der neuen deutschen Demokratie gefährliche Herausforderung gesehen, die zwar von der politischen Mehrheit zurückgewiesen werden konnte, aber gleichwohl weit mehr war als ein abwechslungsreiches und medienwirksames studentisches Happening. Löwenthal schrieb damals: „Um so erschreckender ist für diejenigen, die einen geschichtlichen Sinn für solche Erscheinungen haben, die erneute Abwendung großer Teile der Intellektuellen der zweiten Nachkriegsgeneration seit Mitte der sechziger Jahre von grundlegenden westlichen Werten gewesen. Denn so gewiß die politische Aktivierung der intellektuellen Jugend zunächst von einer durchaus konstruktiv-reformerischen Kritik der gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit auf der Grundlage westlicher Werte ihren Ausgang nahm . . ., so gewiß ist diese Kritik auf dem Höhepunkt der Jugendrevolte in eine totale Verurteilung der westlichen Gesellschaften und mindestens

einiger ihrer zentralen Werte umgeschlagen. Eine sich rasch ausbreitende Überzeugung von Unreformierbarkeit und Unerträglichkeit des westlichen Gesellschaftssystems, aufgefaßt als totale Herrschaft des Kapitals, für die demokratische Institutionen nur als Verschleierung dienten, rechtfertigte die Wendung zur Utopie der totalen Revolution, die Abwendung von rationaler Diskussion zugunsten eines irrationalen Gewaltkults und die gleichzeitige Schwärmerei für totale, das heißt anarchische Selbstbestimmung des Individuums.“

Lässt man vorwiegend die Vertreter der 68er-Generation zu Wort kommen, um über drei Jahrzehnte nach der Studentenrevolte zu beurteilen, was damals gewesen ist und was sie bewirkt hat, so kann man auf ein wirklich selbstkritisches und distanzierendes Urteil kaum rechnen. Auch da, wo die 68er heute die theoretischen Überspanntheiten und von Realitätsblindheit geschlagenen politischen Lagebeurteilungen von damals bis zu einem gewissen Grade eingestehen, werden diese ideologischen Eskapaden doch sehr viel milder beurteilt, als sie es verdienen, oder sie werden dank einer wundersamen historischen List der Vernunft als Anstoß für eine im Ganzen positive Veränderung der bundesdeutschen Gesellschaft gedeutet, als ein Vorgang, der der Bundesrepublik erst auf die Sprünge zu einer lebendigen westlichen Demokratie verholfen habe.

Dagegen steht die Behauptung, dass die Studentenrevolte, so sehr sie die träge gewordene deutsche Demokratie der Post-Adenauer-Ära herausgefordert und auch in ihrer Entwicklung beeinflusst hat, der Bundesrepublik Deutschland per saldo weit mehr Negatives als Positives vermittelt hat. Es ist nur dann möglich, von einem positiven historischen „Vermächtnis“ der 68er-Generation zu sprechen, wenn man die problematischen Auswirkungen der Revolte weitgehend

ausblendet. Es kann sogar mit Recht behauptet werden, dass es eine noch heute nachwirkende Erblast der studentischen Protestbewegung gibt und dass unsere heutige Politik und Kultur auch daran leiden, dass nicht wenige aus der Generation der 68er heute in verantwortungsvollen Positionen tätig sind. Jedenfalls besteht kein Anlass, die studentische Protestbewegung und ihre Folgen für die notwendige und längst fällige Vollendung einer bis dahin eher unfertigen zweiten deutschen Demokratie zu halten. Nur weil diese Demokratie sich letztendlich über die gegen sie entfesselte Protestbewegung behaupten konnte, weil ihre Institutionen kräftig und stabil genug waren und sich – vom Kulturbereich abgesehen – nicht umfunktionieren ließen, gelang es, die Bewegung in ihre Schranken zu weisen und am Ende in das politische System zu integrieren.

Ziele und Verhaltensweisen

Bilanzieren wir in aller Kürze die politischen Ziele und Verhaltensweisen der 68er im Einzelnen:

1. *Geistig-ideologische Grundlagen:* Sie glaubten an die Notwendigkeit von Utopien und kehrten zurück zu einem gebundenen, ideologischen Denken, das im Wesentlichen vom Marxismus inspiriert war. Angesichts der Erfahrungen der deutschen Geschichte zwischen 1918 und 1945 war dies ein reaktionärer Rückschritt, der mit wirklicher Aufklärung und politischem Fortschritt nichts zu tun hatte. Heute muten die theoretischen Ergüsse der 68er, die auch einen Teil der deutschen sozialen und pädagogischen Wissenschaften zur Sterilität und Parteilichkeit verurteilten, ideologisch verblendet und weltfremd an. Die politische Literatur der 68er ist allenfalls noch von historischem Interesse.

2. *Demokratisierung:* Die 68er stritten für die Demokratisierung aller Gesellschaftsbereiche, für ein Höchstmaß an po-

litischer Partizipation und für die Abschaffung der repräsentativen Demokratie, die sie für eine autoritäre Missgeburt hielten. So notwendig Engagement und Partizipation von Bürgern für eine lebendige Demokratie auch sind, sie können die in Massendemokratien unumgängliche Struktur demokratischer Repräsentation nicht ersetzen. Wohin man kommt, wenn man mit der Basisdemokratie Ernst macht, nämlich ins politische Abseits und ins innere Chaos, haben noch in den achtziger Jahren die deutschen Grünen demonstriert, bevor sie sich zu einem höheren Grad an politischem Realismus durchzuringen vermochten.

In ihrer politischen Praxis waren die 68er ziemlich undemokratisch. Sie missachteten die demokratischen Regeln politischer Auseinandersetzung, sie manipulierten ihre Versammlungen und ihre Anhänger. Sie haben die demokratische Praxis der Bundesrepublik nicht wirklich bereichert, sondern um Verhaltensweisen erweitert, die teils manipulativ-autoritär, teils intolerant bis hin zur gewaltsamen Nötigung waren.

3. *Gewalt und Terrorismus*: Die studentische Protestbewegung hat die Spirale der Gewaltanwendung, die im Terrorismus der siebziger Jahre ihren schrecklichen Höhepunkt erreichte, in Bewegung gesetzt. Dies geschah zuerst durch die Infragestellung des staatlichen Gewaltmonopols und die Rechtfertigung von Gegen Gewalt, schließlich durch den blanken Mord an Symbolfiguren des verhassten politischen und kapitalistischen Systems. Natürlich ist der deutsche Terrorismus nicht der 68er-Bewegung einfach zuzurechnen, aber er hätte ohne das durch diese Bewegung geschaffene geistige und politische Umfeld vermutlich nicht entstehen und zur Wirkung kommen können. Seither sind Gewaltanwendung und Terrorismus, inzwischen stärker von Rechtsradikalen praktiziert, eine düstere Begleiterscheinung des politischen Le-

bens in der Bundesrepublik. Das Gewalttabu ist von den 68ern gelockert und gebrochen worden – eine schwere Erblast.

Andere Deutungen

Selbstverständlich gibt es je nach Betroffenheit und politischem Standort auch andere Interpretationen des Phänomens 68. Ihr jüngster Geschichtsschreiber, Wolfgang Kraushaar, selbst der 68er-Generation zugehörig, hat in der Zusammenfassung seiner jüngsten Dokumentation (1968. *Das Jahr, das alles verändert hat*, München, 1998) von einem „schillernden, ja irrlichternden Phänomen“ gesprochen, das in seiner Bedeutung schwer begreifbar und als historisches Faktum schwer handhabbar sei. Lapidar ist seine Feststellung: „Das Jahr 1968 hat nichts verändert. Seine Akteure sind politisch auf der ganzen Linie gescheitert.“ So gut wie alle Autoren, die sich rückblickend mit den Studentenunruhen und ihren Folgen beschäftigt haben, sind sich einig in ihrem Urteil über das politische Scheitern der Bewegung, sofern man sie an ihren politischen Zielen misst, aber die längerfristigen Auswirkungen auf das politische Leben und auf die Entwicklung der Gesellschaft und ihrer Kultur werden natürlich unterschiedlich beurteilt. „Weder davor noch danach ist die Gesellschaft so grundlegend infrage gestellt worden: Autorität, Vergangenheit, Leistung, Gewalt, Sexualität – der gesamte Kanon an sozialen Werten stand mit einem Schlag zur Disposition. Und das neue Schlüsselwort lautete: Emanzipation – die Loslösung aus ebenso überflüssigen wie überfälligen Herrschaftsverhältnissen. [...] Gesellschaftsveränderung wurde vor allem als Kulturrevolution gedacht, die von der Infragestellung der Familie bis zu der des Staates reichte und so eine Front gegen die Institutionen insgesamt eröffnete“ (Kraushaar).

Der Zeitgeist hatte sich grundlegend geändert und begann das gesamte öffent-

liche Leben und die sozialen und kulturellen Institutionen zu durchdringen. Karl-Dietrich Bracher, der an Weimars historischer Erfahrung geschulte, kritische Beobachter der demokratischen Entwicklung der Bundesrepublik, hat die Bedeutung und Wirkung der 68er-Bewegung wie folgt zusammengefasst: „Das Schlüsseljahr 1968 signalisierte beides: die Selbstkritik am Westen und seinen Werten und zugleich die Hoffnung auf die lösende Wirkung einer Entspannung über die feindlichen Lager von Demokratie und Diktatur hinweg. An beidem waren die politischen Ideen, war der Bewusstseinswandel zumal der jüngeren Deutschen stark beteiligt; weder der sowjetische Einmarsch in Prag 1968 noch der sozial-liberale Machtwechsel in Bonn 1969 vermochte jenen Wandel entscheidend zu beeinflussen. Mehr denn je wurden nun die großen Entscheidungen und Weichenstellungen der ersten Nachkriegsjahre infrage gestellt: außen- wie innenpolitisch, politisch wie moralisch. Auch der Streit um die Anwendung des Totalitarismusbegriffs auf die kommunistischen Systeme und des Faschismusbegriffs auf westliche autoritäre Regime ging nicht nur um die Vergleichbarkeit linker und rechter Diktaturen; er wurde symptomatisch für jene Hinterfragung eines westdeutschen Staatsverständnisses, das ja nicht zuletzt auf dem antitotalitären Nachkriegskonsens beruhte und zur zunehmenden Bejahung der zweiten deutschen Demokratie geführt hatte“ (*Wendzeiten der Geschichte*, Stuttgart, 1992).

Am Ende wurde alles mehr oder weniger verkraftet, in den politischen Prozess integriert. Der geistig-politische Aufbruch der Studentenbewegung ver-

lor, nicht zuletzt durch den mit der 69-Wahl erfolgten Machtwechsel, seinen Impetus und verlief sich in ideologisch verrannte, fast lächerlich anmutende politische Gruppierungen, die sich Marxisten-Leninisten, Maoisten, Spontis oder ähnlich nannten und sich in fanatischer Ideologisierung auch gegenseitig bekämpften. Der Terrorismus, der die Bundesrepublik in den 70er Jahren heimsuchte und ihren Rechtsstaat vor eine außergewöhnliche Herausforderung stellte, war das letzte verzweifelte Aufbäumen einer kleinen Gruppe von Rebellen, die wähten, einen bewaffneten Kampf gegen die verhasste Bundesrepublik führen zu müssen.

Dies alles schien der Geschichte anzugehören. Nur gelegentlich erinnerten Gerichtsverfahren und die Aufdeckung der Hilfestellung für die Terroristen durch die ehemalige DDR daran, dass die 68er-Revolution in den siebziger Jahren in gewalttätige und terroristische Aktionen gemündet war. Das Foto eines gegen Polizisten vorgehenden Sponti-Rebellen, der inzwischen zum Außenminister der Bundesrepublik Deutschland aufgestiegen war, wurde zum Auslöser einer öffentlichen Debatte, die das vergessene oder verschönt dargebotene Thema der 68er-Bewegung plötzlich wieder in den Mittelpunkt des Interesses rückte. Gewiss spielten bei dieser Auseinandersetzung vordergründige parteipolitische Interessen der parlamentarischen Opposition eine Rolle, aber sie hatten auch den erfreulichen Effekt, eine gründlichere Aufarbeitung der 68er-Vergangenheit anzustoßen, die für die geistig-politische Entwicklung der Bundesrepublik bis heute von großer Bedeutung war.